Partei gleichzeitig mit seinem Ausscheiden aus dem Elferausschuß bekannt werde. Die konservative Fraktion des Reichstages und des Hauses der Abgeordneten haben auf den ihnen von Mitgliedern des Elferausschusses gehaltenen Vortrag das Verhalten desselben einstimmig gutgeheißen.

Berlin. Von zuverlässiger Seite verlautet, daß Professor Dr. Kropatschek, der bisher die Leitung der „Kreuz-Ztg." interimistisch geführt hat, definitiv zum Leiter und Chefredakteur des Blattes ernannt worden ist. — Der Kolonialrath, der am Montag zur Berathung des Entwurfs eines Auswanderungsgesetzes, sowie des Entwurfs über die Ableistung der Wehrpflicht in den Schutzgebieten zusammengetreten war, hat gestern seine Berathungen beendet. Es wird angenommen, daß beide Entwürfe noch in dieser Session an den Reichstag kommen. — Der zweite Vorstandsbeamte der Reichsbankstelle in Dresden, Kosack, erhielt den Charakter als Kaiserlicher Bankrath. — Der in einer hier stattgefundenen Besprechung gefaßte Plan, die in der Konfektionsbranche ausgebrochene Lohnbewegung auf gütlichem Wege zu ordnen, besteht darin, daß das hiesige Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen werden soll. — Herr v. Hammerstein ist, wie das „Tageblatt" mittheilt, in Berlin noch nicht eingetroffen. Er wird vielmehr erst in einigen Tagen hier ankommen. Die Zeit seiner Ankunft wird indeß nicht bekannt gegeben, um Ansammlungen auf dem Bahnhofe zu vermeiden.

Berlin. Die „Post" sagt zu einer durch mehrere Blätter gegangenen brieflichen Aeußerung des Fürsten Bismarck zur sächsischen Wahlreform hinzu, daß diese Antwort des Fürsten Bismarck dem Könige Albert vorgelegen habe, und daß dieser seine hohe Befriedigung darüber ausgesprochen habe. — Die sächsische Wahlreform wird in den Abendblättern vielfach besprochen. Die freisinnige Presse äußert sich natürlich abfällig darüber. Nach der Meinung der „Nationalztg." würde, wenn man für nothwendig hält, dem weiteren Anwachsen der Sozialdemokratie und verwandter Elemente in der sächsischen Kammer bei Zeiten durch Berücksichtigung der direkten Staatssteuer-Leistungen im Wahlrecht entgegenzuwirken, richtiger gewesen sein, als die Nachahmung des preußischen Systems, die Beibehaltung des geringen Census und die Annahme des Pluralstimmrechts, die Zutheilung von 2 bez. 3 Stimmen an die mittleren und großen Steuerzahler. — Der Bundesrath stimmte dem Ausschußbericht über die Vorlage, betr. die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Groß-Herings-Fischer zu, dann wurde beschlossen, dem Reichstagsbeschluß, betr. Erhebungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen 2c., keine Folge zu geben. — Die Reichstagskommission für das Gesetz des unlauteren Wettbewerbs, für das Margarinegesetz und für die Novelle zur Strafprozeßordnung hat die erste Lesung beendet. In der Vorlage über den unlauteren Wettbewerb bleibt § 9 der Regierungsvorlage gestrichen, der Denjenigen mit Geldstrafe bis 3000 Mk. oder mit Gefängniß bis zu 1 Jahr bedroht, der als angestellter Arbeiter 2c. eines Geschäftsbetriebes Geschäftsgeheimnisse verräth. Die von mehreren Seiten gemachten Versuche, den Paragraph in anderer Form zur Annahme zu bringen, hatte keinen Erfolg. — Die Kommission für das Margarinegesetz nahm eine Bestimmung zum Schutze der Betriebsgeheimnisse an. — Bei der gestrigen parlamentarischen Soirée beim Reichskanzler war Hauptgegenstand des Gesprächsstoffes das Bürgerliche Gesetzbuch und sein Schicksal. Allgemein war die Ansicht, daß das große Einheitswerk, wenn auch einzelne Materien, wie das Vereins- und das Eherecht, heiß bestritten werden würden, ungefährdet in den sicheren Hafen einlaufen würde. Die Mehrheit glaubt jedoch, daß sich der Reichstag vorerst noch vertagen werde.

Königsberg. Heute früh fand im Trenkerwäldchen unter schweren Bedingungen ein Pistolenduell zwischen dem Artillerie-Leutnant Seidenwinker und dem Gerichtsassessor Borchert statt. Der Leutnant erhielt nach dem vierten Kugelwechsel einen Schuß in die Leber und starb nach einer halben Stunde. Sein Gegner stellte sich sofort der Staatsanwaltschaft.

Gotha. Die Wahlmännerwahl zur Neuwahl für den wegen Unterschlagung verhafteten Bürgermeister Glaser ergab eine stark freisinnige Mehrheit.

Wien. Die „N. Fr. Pr." meldet aus Rom: Eine feierliche Exkommunikation des Prinzen Ferdinand werde nicht erfolgen, der Prinz werde aber in Zukunft nicht mehr zu den Sakramenten zugelassen werden.

Paris. Der Generalinspektor der Post- und Telegraphenverwaltung Gerier, dessen Verschwinden enormes Aufsehen erregt, soll bei Uebernahme der Privattelephon-Gesellschaften durch den Staat letzteren durch falsche Rechnungen um 12 Mill. geschädigt haben.

Paris. Der Ministerrath nahm die Vorlage über Schaffung einer Kolonialarmee an.

Rom. Die klerikale „Voce della Verità" veröffentlicht unter der Ueberschrift „Ferdinando Apostata" einen sehr heftigen Artikel gegen den Prinzen Ferdinand von Bulgarien, in welchem ausgeführt wird, daß der Uebertritt des Prinzen Boris zur orthodoxen Kirche aus nationalen Gründen, wie Prinz Ferdinand behaupte, nicht nothwendig gewesen wäre, da unter den Riten der katholischen Kirche auch der griechische und der bulgarische seien, und der Uebertritt vom lateinischen zum griechischen Ritus dem Prinzen Ferdinand und seiner ganzen Familie freigestanden hätte. Er hätte also den Glauben nicht zu opfern brauchen, um sich den religiösen Gewohnheiten seines Landes anzupassen. Die katholische Kirche kenne nur einen Gott, einen Glauben, eine Taufe, diese habe Prinz Ferdinand verletzt, wie Longinus, als er Christum die Lanze in's Herz stieß, nur mit dem Unterschiede, daß Ferdinand sich des schändlichen seiner Handlungsweise bewußt war. Für ihn gebe es keine Entschuldigung, keine Rettung, als demüthige Reue. Er sei schon jetzt aus der Gemeinschaft der Gläubigen ausgestoßen. Ueber der Seele des Prinzen Boris würde ein Engel wachen; jedenfalls bleibe Prinz Boris trotz der orthodoxen Taufe Katholik, bis er als Erwachsener den Uebertritt freiwillig gebilligt haben würde.

London. Aus Blantyre wird gemeldet: Leutnant Alston und Stewart mit ihrer Sikhtruppe sollen zwei glänzende Siege über die Häuptlinge errungen haben, welche im britischen Centralafrika Sklavenhandel treiben. Die Araber wurden vollständig geschlagen und 14 Häuptlinge gefangen genommen. Durch diesen Erfolg ist die Handelsstraße nach dem Innern Afrikas wieder freigemacht.

Sofia. Durch den Entschluß, den Prinzen Boris zur orthodoxen Kirche übertreten zu lassen, scheint die Stellung des Prinzen Ferdinand im Lande befestigt. Dem Vernehmen nach soll die Abreise der Gemahlin des Prinzen, welche mit dem Uebertritt nicht zufrieden sein soll, morgen erfolgen.

Pretoria. Der Korrespondent des Reuter'schen Bureau's erhielt eine offizielle Mittheilung über die Lage in Johannesburg, welche die Behauptungen des angeblich von britischen Einwohnern an die „Times" gesandten Telegramms für durchaus unwahr erklärt. Ein derartiges Telegramm ist bei keinem Telegraphenamte Transvaal's aufgegeben worden. Von einer Unterdrückung der Redefreiheit und des Versammlungsrechtes ist keine Rede. Die Burentruppe befindet sich 6 Meilen von der Stadt entfernt, sie hat Befehl, die Stadt nicht zu betreten und behelligt Niemand. Die Geschäftslage nimmt allmählich wieder ein normales Ansehen an. Die Regierung ist bemüht, dem Arbeitermangel abzuhelfen und es sind bereits mehrere Abtheilungen von Arbeitern nach dem Rand gesandt worden. Die politischen Aussichten haben sich gebessert.

Rio de Janeiro. Der englische Gesandte ist angewiesen worden, die Souveränität Brasilien's über die Insel Trinidad anzuerkennen.

Die heutige Berliner Börse verkehrte in recht fester Haltung. Anregung bot zunächst der gestern publizirte Jahresabschluß der Nationalbank für Deutschland, der gewöhnlich die Reihe der Jahresabschlüsse der größeren hier domizilirenden Banken eröffnet. Zwar waren, wie wir gestern bereits angedeutet haben, verschiedene Gerüchte in Umlauf, daß der Abschluß dieser Bank ein außergewöhnlich gutes Resultat aufweisen würde, trotzdem war man von dem Ausweis überrascht, zumal man den betr. Gerüchten noch gestern in verschiedenen Kreisen mit Zweifeln gegenübergestanden hatte. Die Dividende von 8½ Prozent übertraf die Erwartungen Vieler. Gleichzeitig nimmt man an, daß auch bei den übrigen Banken ein ähnlich günstiges Resultat zu erwarten ist. Diese Erwartung, ferner das Bekanntwerden demnächstiger neuer größerer Finanzgeschäfte, feste auswärtige Tendenzberichte und rege Kauflust, ließen die Kurse auf der ganzen Linie anziehen. Im weiteren Verlaufe blieb die Haltung fest. Von Bankaktien erfreuten sich namentlich die Aktien der Deutschen Bank auf die Nachricht über die Betheiligung des Instituts an der neuen nordamerikanischen Anleihe, sowie der Nationalbank, reger Beachtung; Kommanditantheile, Darmstädter, Deutsche, Dresdner und Nationalbank, sowie Handelsantheile ca. 2 Prozent höher. Auch der Markt für Eisenbahnaktien zeigte heute eine kräftige Erholung, bemerkenswerth höher waren Ostpreußen, Dortmund-Gronauer, Marienburger, Warschau-Wiener, Elbethalbahn und Buschtiehrader. Der Montanaktienmarkt zeigte eine ziemlich reservirte Haltung, namentlich für Kohlenaktien, die die anfänglich höheren Kurse nur matt behaupten konnten; Hüttenwerthe fest, besonders Laurahütte. Am Rentenmarkt war das Geschäft still, die Kurse aber fest, heimische Fonds lebhafter und fest, 3prozentige sächsische und mecklenburgische Rentenbriefe begehrt. Der Schluß der Börse war bei stillem Geschäft leicht abgeschwächt. Privatdiskont 2⅝ Prozent. — Die Produktenbörse nahm im Gegensatz zu dem matten Verkehr an den Vortagen einen sehr festen Verlauf. Anregend wirkten feste Tendenzberichte aus Nordamerika, größere Kauflust seitens des Konsums und Deckungsbegehr. Weizen und Roggen zogen markweise an. Hafer still, nominell besser. Spiritus war auch heute sehr fest auf Hamburger Käufe, der Preis ging etwa 30 Pfge. in die Höhe. — Wetter: trübe, regnerisch, Westwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 318.75. Diskonto 217.95. Dresdner Bank 161.15. Staatsbahn —. Lombarden 89.60. Laura 158.30. Ungar. Gold —.—. Portugiesen —.—. Italiener —. Reichsanleihe —. Ruhig.

Paris. (5 Uhr Nachm.) Rente 102.87. Italiener 84.65. Spanier 61⅞. Portugiesen 25.75. Türken 21.45. Türkenloose 112.00. Ottomanbank 575.00. Staatsbahn 785.75. Lombarden —.—. Träge.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Februar 18.85. per Mai-August 19.85, fest. Spiritus per Februar 31.25, per Mai-August 32.75, behauptet. Rüböl per Februar 56.75, per Mai-August 56.00, fest.

Amsterdam. Produkten (Schluß.) Weizen per März —, per Mai 163. Roggen per März 108, per Mai 109, Juli 109, Oktober 111.

Oertliches und Sächsisches.

— Als vorgestern in Leipzig Vormittags gegen 10 Uhr Se. Majestät der König das Palais verließ, um sich nach dem Augustusplatze zur Abnahme der Parade zu begeben, trat aus dem Publikum plötzlich ein Mädchen im Alter von 7 bis 8 Jahren hervor, kniete vor dem König nieder und hielt demselben ein Schreiben entgegen, das Se. Majestät auch annahm. Schnellen Laufes entfernte sich das Mädchen sodann.

— Bei Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Georg fand vorgestern Nachmittag 5 Uhr im Palais Zinzendorfstraße eine größere Tafel statt. Zu derselben waren folgende Herren mit Einladungen ausgezeichnet worden: Ihre Excellenzen Königl. bayr. Gesandter Frhr. v. Niethammer, Staatsminister v. Metzsch, Ministerresident Baron v. Rengden, Generalleutnant v. Kirchbach, Generalleutnant v. Raab, ferner die Herren Geh. Rath Dr. jur. Tiller, Bodel und Knich, Präsident Frhr. v. Salza und Lichtenau, Kreishauptmann Schmiedel, Generalmajore v. Schlieben und v. Schmalz, Geh. Regierungsrath Dr. Häpel, Geh. Medizinalrath Dr. Fiedler, Obersten Hingst und v. Carlowitz, Major und Flügeladjutant v. d. Busche-Streithorst, Geh. Baurath Dr. Wallot, Major Bartky und Premierleutnant und persönlicher Adjutant v. Nostitz-Wallwitz.

— Das Herzogspaar empfing vorgestern in Gotha den in Dresden residirenden österreichischen Gesandten Grafen Lützow behufs Ueberreichung des Accreditivs in feierlicher Audienz.

— Staatsminister und Frau von Metzsch haben Einladungen zu einem Ball im Ministerhotel auf der Seestraße nächsten Montag Abend halb 9 Uhr erlassen.

— In Begleitung Sr. Excellenz des Herrn Generaladjutanten Generalleutnant von Treitschke, der sich gestern Vormittag nach Oldenburg begeben hat, um den Trauerfeierlichkeiten für die Frau Großherzogin heute daselbst im Allerhöchsten Auftrage beizuwohnen, befand sich der Premierleutnant von Anderten. Se. Excellenz überreicht in allerhöchstem Auftrage einen kostbaren Kranz.

— Ueber die Anschauungen der für die Wahlgesetz-Vorlage eintretenden Mehrheit der Zweiten Kammer ist uns folgende Erklärung zugegangen: „Die von der Regierung im Einverständnisse mit den Mehrheitsparteien der Ständekammern beabsichtigte Abänderung des bestehenden Wahlrechts wird von den Anhängern der Umsturzpartei dazu benutzt, um unter dem Vorwande, als werde bei dieser Wahlreform eine „Entrechtung des Volkes" geplant, die gedachte Maßnahme zu verdächtigen und die Volksleidenschaften gegen Regierung und Stände in unverantwortlicher Weise aufzustacheln. Folgendes der wahre Sachverhalt: Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei in der Zweiten Kammer haben bei dieser unter dem 15. November v. J. einen Antrag eingebracht, gemäß dessen das bestehende Wahlrecht für die Zweite Kammer beseitigt und ein allgemeines, auch auf die Frauen und auf Personen unter 25 Jahren sich erstreckendes Wahlrecht eingeführt werden soll. Es ist den Vertretern dieser Partei also nicht genug, daß die sozialdemokratische Partei, während sie bis vor wenigen Jahren noch in keinem Volksvertretungskörper eines deutschen Staates einen Vertreter hatte, in der sächsischen Zweiten Kammer schon seit Jahren deren 14 hat, die ihren Grundsätzen getreu der Regierung und den Ständen eine gedeihliche Ausübung ihrer Zuständigkeiten und Pflichten schon jetzt nach Kräften erschweren. Es ist ihnen nicht genug, daß die sozialdemokratische Partei, falls sie in gleicher Weise fortwächst wie bisher, aller Annahme nach schon bei den nächsten Wahlen sich erheblich verstärkt haben würde. Es ist ihnen nicht genug, daß die sozialdemokratische Partei unter der gleichen Voraussetzung in absehbarer Zeit die ausschlaggebende Partei in der Zweiten Kammer sein würde. Die sozialdemokratische Partei will diesen Zeitpunkt noch beschleunigen, will durch die Beseitigung des bestehenden Wahlrechts und Einführung eines Wahlrechts der Massen die Macht schon jetzt an sich reißen und den von ihrem berufensten Vertreter, dem Abgeordneten Bebel, auf dem Parteitage in Breslau unter lautem und allgemeinem Beifall der Gesinnungsgenossen gethanen Ausspruch: „Haben wir eines Tages die Macht, unsere Forderungen rücksichtslos durchzuführen, so machen wir mit den bisherigen Eigenthümern kurzen Prozeß" zur Wahrheit machen, will als sozialrevolutionäre Partei alles Bestehende vernichten und an Stelle der Freiheit und der Ordnung die Anarchie setzen, die alsbald einer Gewalt- und Schreckensherrschaft Platz machen müßte. Dagegen unser innig geliebtes Vaterland, dagegen Staat und Gesellschaft zu schützen, war unser Recht, ist unsere heilige Pflicht! Das aber konnten wir nur, indem wir die Angegriffenen, den hingeworfenen Fehdehandschuh aufheben und dem Verlangen der Umsturzpartei mit dem Antrage entgegentreten, das bestehende Wahlrecht zwar abzuändern, aber in dem Sinne, daß der Ueberwucherung der Dämme von Ordnung und Recht in dem einzuführenden Wahlrecht eine Schutzwehr entgegengesetzt wird. Wie wir aber unsererseits wahrscheinlich schon jetzt auf eine Aenderung des Wahlrechts nicht zugekommen sein würden, wenn wir nicht durch jenen Antrag der Umsturzpartei von Neuem und eindringlich auf die in nächster Nähe drohende Gefahr aufmerksam gemacht und herausgefordert worden wären, so liegt es uns auch durchaus fern, durch die beabsichtigte Aenderung des Wahlrechts das „Volk zu entrechten". Mitbürger, Alles, was in dieser Beziehung von den gegnerischen Agitatoren ausgestreut wird, ist Unwahrheit! Es ist Unwahrheit, daß Jemandem das Wahlrecht entzogen werden soll. Im Gegentheil, das Wahlrecht soll künftig erweitert werden und zwar dadurch erweitert werden, daß nicht wie jetzt nur Derjenige wählen darf, der mindestens 3 Mk. direkte Staatssteuern zahlt, sondern jeder Steuerzahler stimmberechtigt sein soll. Es ist eine Unwahrheit, wenn dem Volke glauben gemacht wird, es solle mit dem neuen Wahlrecht eine „Vorherrschaft des Geldsackes" eingeführt werden. Nicht die Reichen werden in Zukunft bei den Wahlen den Ausschlag geben, sondern der Mittelstand, die Handwerker, die Gutsbesitzer, die Arbeiterbeamten u. s. w. Eine Unwahrheit ist es selbst, wenn behauptet wird, daß künftig die Zweite Kammer so zusammengesetzt sein werde, daß ein freies Wort, daß eine Opposition nicht mehr möglich sei. Es ist das so wenig wahr, daß auch nach dem neuen Wahlgesetz aller Voraussetzung nach selbst die Wahl von sozialdemokratischen Vertretern keineswegs ausgeschlossen, sondern in verschiedenen Bezirken wahrscheinlich ist. Nur der Bildung einer Mehrheit der Umsturzpartei in der Kammer soll durch das mittelbare Wahlrecht vorgebeugt werden. Eine Unwahrheit ist es endlich, daß die beabsichtigte Wahlreform eine Maßnahme der Reaktion sei und den Fortschritt hemmen werde. Auch mit dem neuen Wahlrecht, das ein allgemeines und geheimes sein wird, wird Sachsen in Bezug auf die freiheitliche Einrichtung seines Wahlrechts hinter keinem deutschen Staate zurückstehen. Mitbürger! Laßt Euch also nicht irre machen! Glaubt nicht den Ausstreuungen Jener, denen das Wahlrecht nur ein Mittel zum Umsturz und einer Vernichtung des Staates ist, vertraut nicht Jenen, die sich offen als „revolutionäre Partei" bezeichnen, vertraut vielmehr der Regierung, die stets noch Euer Bestes gewollt hat, vertraut uns, Euren gewählten Vertretern, denen es gleich ernst mit der Wahrung der Volksrechte, die auch unsere Rechte sind, wie mit der Wahrung der Rechte des Staates ist! An alle vaterlandsliebenden Bürger, besonders aber auch an die wohlgesinnte Presse richten wir daher das eindringliche Ersuchen, ihrerseits dadurch an dem begonnenen Werke mitzuhelfen, daß sie der Irreleitung und Fälschung der öffentlichen Meinung, die gegenwärtig durch ebenso fanatische wie gewissenlose Agitatoren betrieben wird, nachdrücklich entgegentreten und mit uns das Volk darüber aufklären, daß die beabsichtigte Aenderung des Wahlrechts, weit entfernt eine Volksentrechtung oder ein Rückschritt zu sein, lediglich eine nothwendige Abwehrmaßregel gegen den immer drohender sein Haupt erhebenden Umsturz bildet, dazu bestimmt, wahre Freiheit und wahren Fortschritt zu sichern." — Mit der Uebersendung dieser Erklärung werden wir ersucht, die Bitte auszusprechen, daß alle ordnungsparteilichen Blätter dieselbe nachdrucken.

— Die Erste Kammer bewilligte gestern nach dem Vorgang der Zweiten Kammer die Titel 14, 15, 16, 18, 31 und 37 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats, erklärte sich mit dem durch das Dekret Nr. 8 über den Stand der Altersrentenbank gegebenen Bericht für befriedigt und ließ die Petitionen des Gemeinderaths zu Oelsnau betr. die Heranziehung des festen Diensteinkommens nach vier Fünfteln zu der Gemeindeanlage und des Amtsgerichtskontroleurs Baumgärtel in Zschopau um eine authentische Interpellation des § 30 der Rev. Städteordnung auf sich beruhen. — Nächste Sitzung heute Mittag 12 Uhr.

— Die Zweite Kammer hielt gestern allgemeine Vorberathung über das Königl. Dekret Nr. 20, welches den Neubau eines Ständehauses betrifft. Der erste Redner in der Debatte Abg. Matthes (kons.) führte aus, daß Angesichts des hohen Bedarfes für die Dresdner Bahnhofsbauten und den Ausbau des Eisenbahnnetzes mit diesem Projekt noch einstweilen gewartet werden solle. Man fühle sich noch so wohl in den alten, liebgewordenen Räumen. Durch das Zuwarten werde eine Zinsersparniß von 560,000 M. bewirkt werden. Abg. Crüwell (nl.) behauptete dem entgegen, daß ein großer Theil der Kammermitglieder doch die Vorlage mit großer Genugthuung begrüßt habe, denn die Verhältnisse könnten nicht so fortgehen. Das alte Haus entspreche nicht einmal den Ansprüchen, welche die Sanitätspolizei an die Räume in Schulhäusern und sogar in Gefängnissen zu machen gezwungen ist. Auch befänden sich unter den Abgeordneten viele verdienstvolle Männer, welche nicht mehr zu den Jünglingen gehörten und denen daher Luft von guter Beschaffenheit erstes Lebensbedürfniß sei. Die äußere Ausstattung des Gebäudes könne man ruhig der Regierung an die Hand geben, wenn auch infolge des Sparsamkeitsantrages in der Ersten Kammer den Baumeistern im Lande angst geworden sei, daß man zu sehr beschneiden würde. Die Regierung eines so industriereichen Landes habe die Pflicht, ihre Bauten so zu gestalten, daß sie Allen ein Vorbild werden, woran sie ihren Geschmack verbessern können. Schon im Mittelalter sei man bestrebt gewesen, alle öffentlichen Bauten schön auszugestalten, wobei das Handwerk blühte und der Mittelstand sich wohlbefand. Abg. Philipp (fortschr.) erinnerte an die mißlichen Verhältnisse auf den Tribünen. Das sei kein menschenwürdiger Aufenthalt, und es sei insbesondere für die Vertreter der Presse ungemein aufreibend, längere Zeit dort oben sitzen zu müssen. Man dürfe nicht die schlechte Finanzlage immer wieder hereinziehen, denn ein Staat, der zum Ausbau seines Eisenbahnnetzes so viele Mittel aufwenden könne, dürfe auch einige Millionen zu einem dringend nothwendigen Ständehaus nicht schonen. Redner empfahl die Einrichtung einer Landhausbau-Kommission und beantragte Ueberweisung an die Finanzdeputation A. Herr Staatsminister v. Watzdorf trat hierauf in einer längeren, durch lebhaften Beifall ausgezeichneten Rede für das Projekt ein, nachdem er zunächst die Vorgeschichte entwickelt hatte. Als er die Leitung des Finanzministeriums übernahm, habe er ein nahezu fertig ausgearbeitetes Projekt über eine wesentliche Erweiterung des gegenwärtigen Landhauses vorgefunden, sich aber von vornherein mit diesem Projekte nicht befreunden können, auch wenig Zustimmung bei Kammermitgliedern privatim gefunden. Er habe deshalb an einen Neubau an der Stelle des alten Finanzministeriums gedacht. Der Vater dieses Gedankens sei aber schon der Abg. Philipp gewesen. Auch habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß die Königl. Civilliste auf die unbeschränkte Benutzung des Brühl'schen Palais nicht viel Werth legen würde, und deshalb Professor Wallot um ein Gutachten ersucht, ob dieses Palais sich zur Hinzunahme eignen würde. Das Gutachten lautete dahin, daß man selten einen so schönen Platz wiederfinden würde und die Größenverhältnisse der Räume ohne Weiteres so gut paßten, daß man die werthvollsten Räume unverändert benutzen könne. Er habe gar nicht geglaubt, das so klar ausgearbeitete Projekt hier vertheidigen zu müssen. Die armseligen Verhältnisse des gegenwärtigen Ständehauses gingen schon daraus hervor, daß man die Pläne des neuen Hauses nicht einmal auf den Tisch des Hauses niederlegen könne. Die Bedürfnißfrage spiele schon seit 32 Jahren, und wenn der Neubau genehmigt würde, was er bestimmt voraussetze, so könnte man doch vor 4 oder 5 Jahren nicht einziehen. Die kommende Landtags-Generation werde sich für einen ablehnenden Beschluß durchaus nicht bedanken. Die Platzfrage sei vorzüglich gelöst, und ein Neubau an Stelle des alten Finanzhauses sei unvermeidlich. Die Zustände im 3. und 4. Stock seien derart, daß man sagen müsse: „Dort oben aber ist's fürchterlich". Ueberdies sei das Haus sehr feuergefährlich. Früher habe man einmal den Hof getüncht, Scheinwerfer angebracht zur Beleuchtung der Treppen und darauf dem Kultusministerium vorgeschlagen, das Gebäude zu beziehen, aber dieses sei früher aufgestanden und auf den Vorschlag nicht eingegangen. Eine untere Behörde einfach hineinzukommandiren halte er für grausam und unverantwortlich. Abg. Philipp habe das Haus mit Recht ein altes feuergefährliches Gerümpel genannt. An dieser Stelle könne man aber keine Miethkaserne errichten. Auch sei der Neubau durchaus nicht unproduktiv, und er finde es wenig höflich, dies der Ständeversammlung gegenüber zu sagen. Von den geforderten 6 Millionen gingen 400,000 M. ab, die man so wie so haben müßte, um Verpflichtungen aus der Zeit der Terrassenbauten der Krone gegenüber gerecht zu werden. Der Kaufpreis für das Brühl'sche Palais verzinse sich auch reichlich durch die Hineinlegung verschiedener Bureaux, und ein Neubau an der Stelle des alten Finanzhauses sei nicht zu vermeiden. In der Forderung nach Aufschub finde er weder Logik noch richtige Wirthschaftlichkeit. Wenn man einmal das Brühl'sche Palais mit zum Bau benutzen wolle, müsse man es auch gleich thun. Die momentane Verstimmung richte sich dagegen, daß so viele Bauten in Dresden konzentrirt werden. Die Regierung habe aber bewiesen, daß sie für die Bedürfnisse des Landes ein offenes Ohr habe und in Bezug auf Eisenbahnen das Möglichste leiste. Die Bahnhofsbauten stehen mit dieser Sache in keinem Zusammenhange. Es handele sich vielmehr um einen Zweck, der nothwendig sei und mit den praktischsten Mitteln erreicht werden solle. — Abg. Wehner (kons.) gab die Erklärung ab, daß eine große Anzahl Abgeordneter für die Bewilligung des ersten Theiles, aber nicht für die Annahme des ganzen Dekretes sei. Bestimmend seien für diese Stellungnahme größere Unternehmungen, mit denen der Staat gerade in Dresden engagirt sei. Abg. Philipp (fortschr.) schloß sich dieser Erklärung allenthalben an. In ähnlicher Weise sprach sich Abg. Rüder (kons.) aus, und Abg. Rollfuß (nl.) gab bekannt, daß seine Partei einstimmig beschlossen habe, dem Dekret im vollen Umfange zuzustimmen. Hierauf wurde das Dekret an die Finanzdeputation A zur Berichterstattung überwiesen. — Zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Schlußberathung über Kap. 1—7 und 71a des Etats. Bei dem Kap. 1, „Forsten", gab Abg. Niethammer-Kriebstein (nl.) dem Wunsche der Papier-Industriellen Ausdruck, daß die Forstverwaltung auf die Bedürfnisse dieser Industrie Rücksicht nehme und die bei der Entwässerung des Gebirges entstehende Ungleichmäßigkeit der Wasserabläufe möglichst vermeide. Abg. Härtwig (kons.) empfahl Vergrößerung des staatlichen Forstbetriebes aus Mitteln des Domänenfonds und Kultivirung ausländischer Holzarten. Abg. Philipp dankte der Regierung, daß sie gewillt sei, die Waldwärter aufzubessern, und trat für eine Höherbesoldung der Oberforstmeister ein. Abg. Heymann (kons.) schlug vor, die abgeholzten Flächen parzellenweise zu verauktioniren, damit die stehengebliebenen Stöcke Verwendung fänden. Abg. Kökert endlich gab seiner Freude Ausdruck, daß die Holzauktionen im Niederlande künftig wieder an Ort und Stelle abgehalten werden sollen. Darauf erwiederte der Herr Finanzminister, daß auf die Industrie die allergrößte Rücksicht genommen werde und das Ministerium von der großen Bedeutung der Papier-Industrie in Sachsen durchdrungen sei. Die Forstverwaltung habe schon jetzt Verfügungen getroffen, daß möglichst wenig Entwässerungen stattfinden. Man suche größere Forstflächen anzukaufen und sei stets bestrebt, den Forstbesitz abzurunden. Auf die Einwürfe des Abg. Rüder, daß die Holzauktionen zu ungünstiger Zeit anberaumt würden, und des Abg. Däweritz, daß sie im Niederlande wieder an Ort und Stelle abgehalten werden möchten, erwiderte Herr Oberlandforstmeister v. Witzleben, daß die Auktionen an Ort und Stelle sich theilweise nicht bewährt hätten und der Bedarf an Wurzelstöcken nicht mehr so groß sei wie früher. Abg. Rostosky (kons.) lobte die Vorzüglichkeit unserer Forstverwaltung, und Abg. May (fortschr.) trat für die Petition der Förster ein. Darauf bewilligte die Kammer das Kapitel 1, erklärte die Petition der Königl. Förster und Hilfsbeamten der Forstverwaltung, insoweit sie sich auf Gehaltserhöhung bezieht, durch die erhöhte Einstellung für erledigt und ließ sie im Uebrigen sammt der Petition der Försterkandidaten Wiesenhütter und Genossen auf sich beruhen. — Dasselbe Schicksal widerfuhr der Petition des Weingroßhändlers W. E. Seeger in Dresden. — Kap. 2, „Domänen und Intraden", Kap. 3, „Kalkwerke", Kap. 4,